

Martin Vogel: «Wir können keine eigenen Kitas bauen»

Die Industrievereinigung Schaffhausen (IVS) ist in Aufruhr. Eine Aussage der SP-Regierungsratskandidatin Bettina Looser hat sie gekränkt. IVS-Präsident Martin Vogel schildert die Bemühungen der Privatwirtschaft und sagt: Die Politik sei am Zug.

Dario Muffler

Herr Vogel, die Industrie Vereinigung Schaffhausen (IVS) hat sich nach der Aussage von Bettina Looser gemeldet. Sie möge nicht mehr auf die Privatwirtschaft warten, wenn es um Tagesstrukturen geht. Was stört Sie daran?

Martin Vogel: Uns haben zwei Dinge irritiert: dass sich die Privatwirtschaft zu wenig um Tagesstrukturen gekümmert habe und dass der Staat das nun deswegen übernehmen müsse. Wir erwarten von einer Regierungsratskandidatin, dass sie weiss, was in der Vergangenheit gelaufen ist.

Was genau meinen Sie?

Vogel: Seit 2013 Jahren engagieren sich Mitglieder der IVS in Arbeitsgruppen für das Thema. Die IVS hat für den Kanton Schaffhausen sogar eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen und sich in der Abstimmung im 2017 erfolgreich eingesetzt. Wir engagieren uns auch für die Interessengemeinschaft Kita, die sich für weniger Regulierung einsetzt.

Hat sich die IVS zu wenig eingesetzt, wenn es noch keine flächendeckenden Strukturen gibt?

Vogel: Wir kommen nicht vorwärts, weil Gesetze angepasst werden müssen. Für den politischen Weg ist der Regierungsrat verantwortlich.

Wieso stellen Unternehmen nicht eigene Angebote auf die Beine?

Vogel: Wir können keine eigenen Kitas aufbauen. Erstens haben viele Unternehmen nur wenige Mitarbeitende. Zweitens müsste eine Firma in jeder Gemeinde, wo Mitarbeitende wohnen, eine Kita betreiben. Wie soll das gehen?

Man könnte Branchenlösungen anstreben...

Vogel: (lacht) Würden dafür die Steuern gesenkt, könnte man ja über eine neue Aufgabenteilung sprechen. Ich glaube aber, dass Kitas zur Schule gehören und damit eine Aufgabe des Staats sind. Auch ist es im Interesse der Gemeinden und ihrer Steuereinnahmen. Junge Familien ziehen dorthin, wo es solche Angebote gibt. Und meistens könnten jene Gemeinden ein paar Zuzüger brauchen, die gerade keine Tagesstrukturen haben. Warum sollten Tagesstrukturen zur Aufgabe der Wirtschaft werden?

Erziehung ist Privatsache, so die liberale Haltung... Stimmt das nicht mehr?

Vogel: Tagesstrukturen gehören heute zur Schule und sind Rahmenbedingungen für die Wirtschaft – und das ist eine Staatsauf-



gabe. Oder würden Sie sagen, dass die Schule ebenfalls eine Aufgabe der Unternehmen ist?

Sie geben der Regierung und dem parlamentarischen Prozess die Schuld für die Verzögerungen. Doch wieso lancieren oder beschleunigen bürgerliche Politiker die Arbeit der Regierung nicht mit Vorstössen?

Vogel: Der Impuls muss von der Regierung kommen. Leider haben wir in den letzten Jahren wenig gesehen. Aber der zuständige Regierungsrat hat uns versichert, dass man hier mit Hochdruck an der Arbeit ist.

Am Schluss entscheidet aber der Kantonsrat. Dieser ist bürgerlich dominiert, das sind doch Ihre Vertreterinnen und Vertreter.

Vogel: Das ist kein Thema von bürgerlich oder links. Es hat damit zu tun, ob sich jemand darum kümmert oder nicht. Wir haben beispielsweise mit Thayngen eine bürgerlich geführte Gemeinde, die schon seit 2012 erfolgreich eine Tagesstruktur anbietet. Wir sollten uns nicht gegenseitig auspielen. Das ist jetzt mit der Aussage von Bettina Looser leider passiert.

Flächendeckende Tagesstrukturen wünscht sich die Wirtschaft in Schaffhausen.

BILD MELANIE DUCHENE

«Wir sind der Meinung, dass es einen Einheits-tarif braucht.»

Martin Vogel
IVS-Präsident

Fakt ist aber, dass die SVP sagt, Tagesstrukturen seien nicht Aufgabe des Staates.

Vogel: In der IVS sind wir überzeugt, dass Tagesstrukturen einen Standortvorteil darstellen. SVP-Nationalrat Thomas Hurter und SVP-Ständerat Hannes Germann sind ebenfalls in der IVS und ich habe von ihnen noch nie gehört, dass sie gegen Tagesstrukturen sind. Worüber aber diskutiert wird ist die Finanzierungsfrage.

Wenn alle Gemeinden ein solches Angebot betreiben oder mitfinanzieren müssen, könnte das in finanzschwachen Gemeinden zu einer Steuererhöhung führen.

Vogel: Die Frage ist, wie viel der Kanton beitragen kann. Wichtig ist aber zu verstehen, dass das für die Gemeinden eine Investition in die Zukunft ist. Das erhöht die Attraktivität der Gemeinde und zieht neue Familien an. Eine ideale Finanzierungsvariante wäre, wenn der Kanton Betreuungsgutscheine, so um die 50 Franken pro Kind und Tag, abgeben würde. Jede Familie sucht sich nachher die für sie passende Kita. Die Kitas rechnen mit Vollkosten ab.

Das individuelle subventionieren durch die Gemeinden würde wegfallen und die Administration würde deutlich vereinfacht. Mit diesem Vorgehen würden auch kleine Landgemeinden unterstützt.

Wo steht die Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und Staat aktuell?

Vogel: Wir haben im Frühling zuletzt mit der Regierung über dieses Thema gesprochen. Uns wurde damals versprochen, dass die Regierung mit Vehemenz dahinter gehen wolle. Die Finanzierung für den Start wäre übrigens da, denn es gibt eine finanzpolitische Reserve für dieses Thema. Es braucht jetzt ein Gesetz, das alle Gemeinden dazu verpflichtet, Tagesstrukturen anzubieten. Mit den vorher erwähnten Betreuungsgutscheinen würden alle, aber insbesondere kleine Landgemeinden entlastet.

Was ist das Problem an der aktuellen Gesetzeslage?

Vogel: Das kantonale Gesetz ist ein «Kann»-Gesetz, doch es bräuchte eine klare Verpflichtung für die Gemeinden, Tagesstrukturen anzubieten. Der Kanton muss hierzu klare Richtlinien vorgeben. Es gibt Mittagstische ohne Betreuungsanschluss, die relativ wenig bringen – oder es gibt Kitas, die bis 17.30 Uhr geöffnet haben. Wie wollen Sie das schaffen als Elternteil, der arbeitet?

Es gibt zahlreiche Eltern, die können es sich gar nicht leisten, ihr Kind in die Kita zu geben. Wie wollen Sie das Kostenproblem lösen?

Vogel: Wir sind der Meinung, dass es einen Einheitsstarif braucht. Wir sind absolut nicht dagegen, einkommensschwache Familien zu unterstützen. Wenn es uns ernst ist, dass wir eine Region haben, wo Familien hinziehen wollen und nicht nur Unternehmen, dann müssen wir jetzt investieren. Wir müssen mit mehr Überzeugung dahinter.

Sie sprechen der SP und Bettina Looser aus dem Herzen. Sie fordert bessere Arbeitsbedingungen, damit es mehr und bessere Kitas gibt.

Vogel: Wenn wir ein breites Angebot aufbauen wollen, braucht es die vereinten Kräfte von Privaten und des Staats. Der Staat kann ja einfache, aber klare Rahmenbedingungen für alle vorgeben. Mit einem flächendeckenden guten Kita-Angebot würden wir einen wesentlichen Standortvorteil schaffen. Es wäre auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Gleichberechtigung und ein Mittel gegen den Fachkräftemangel und gegen die Überalterung.